

01.03.2015 Politik

## Griechenland – Schicksal des Euro?

M. Schön



### Durch den Wahlausgang wird das Scheitern der bisherigen Rettungsbemühungen offensichtlich

Ende Januar 2015 haben die Neuwahlen in Griechenland mit dem Sieg der Linkspartei Syriza das Ergebnis gebracht, das sich niemand gewünscht hat. Bis vor einigen Jahren wäre es undenkbar gewesen, dass sich gerade in Griechenland als Wiege der Demokratie solche in Teilen radikalen Kräfte durchsetzen und damit die gesamte Zukunft Europas gefährden. Politisch macht sich nun eine Hilflosigkeit breit, da die Ergebnisse Signalwirkungen für alle Euro-Schuldenstaaten haben: Die bisherigen Rettungsbemühungen sind nicht erfolgreich gewesen.

Das Wahlergebnis vom 25.01.2015 mit einem deutlichen Wahlsieg der griechischen Linkspartei Syriza und der Koalition mit den rechtspopulistischen freien Griechen legt den Finger tief in die Wunde, die alle Beschwichtigungen in Europa nicht heilen konnte. Die bisherige Rettungspolitik mit einem massiven Sparprogramm hat die griechische Wirtschaft in eine tiefe Rezession und eine geldpolitische Deflation gestürzt. Immer mehr Menschen in Griechenland verarmen. Das Staatswesen ist finanziell und gesellschaftlich auf dem Stand eines Entwicklungslandes angekommen. Würden beispielsweise Ärzte nicht in ihrer Freizeit unentgeltlich Patienten behandeln, wäre inzwischen

das griechische Gesundheitssystem zusammengebrochen

Dabei hat sich an den finanzwirtschaftlichen Eckdaten schon wieder – mit 320 Mrd. € verschuldet, obwohl sie summieren. Entgegen des behaupteten Primärüberschusses Einnahmen und Ausgaben vor Zins- und Tilgungsleistungen einnimmt. Dies ist auf die Situation zurückzuführen, die abgerutscht ist, in der jeder eingesparte Euro 1,40 € Folgekosten verursacht. Die Sanierung von Straßen einfach einstellen und sparen, die weiteren Folge aber eben diese Straße unpassierbar, so dass im größeren Umfang anschließende Reparatur für höhere Kosten führt. Volkswirtschaftlich ist das Sparprogramm schon lange

Aber genau auf diese Fragestellungen bietet die europäische Politik im Januar 2015 eben von Kräften gewonnen werden können. Unsinnigen Einzelmaßnahmen, wie beispielsweise die damit einzelne Personen wieder versorgt werden, ist das zwar nachvollziehbar, inhaltlich aber nicht gerechtfertigt. Tsipras denkt hierbei sogar in einer europäischen Dimension durchzuführen. Er übersieht dabei allerdings, dass Vermögen nicht mehr zurückbezahlt werden kann. Wenn jemand seine Schulden nicht mehr zurückbezahlt, dann verliert er das Vermögen. Ein solcher Ansatz ist in dem Sinne risikobehaftet. Deswegen wird man in der aktuellen Situation von Notenbankliquidität – vor sich her plätschert, solche Maßnahmen sind Beispiele in Griechenland, aber vor allen Dingen in Zypern. Vermögendere Anleger sollten daher bei allen Anlageentscheidungen schwierigen Szenarien sichern.

Die neue griechische Politik stellt aber Europa vor ein Problem. Sie löst dies eine neue Schuldenwelle aus, die dann wieder zurückzuführen könnte. Nachdem es Spekulanten gelungen ist, erfolgreich zu spekulieren, die daraufhin die Wechselkursuntergrenze durchbrochen, dann größere Hedgefonds ein ähnliches Modell mit der gleichen ungeheuren Finanzstärke und würde die europäischen Standards verlassen. Folgt man den Vorstellungen auch in Ansätzen, dann könnte Griechenland dazu führen, dass es zu einer Staatsinsolvenz kommen könnte. Dies würde dann in der Folge viele Euro verloren gehen, zu 60 Mrd. € verzichten, was vielleicht politisch diskutierbar ist. Schließlich hat die europäische Gemeinschaft dazu beigetragen. Die immer stärkere Expansion nach Osten – ohne die Eurozone – ist auch zunehmend für politische Risiken. Deswegen kann intensive Zusammenarbeit und damit vor allem gegen Griechenland. Dann bestünde das Risiko, dass mit Finnland ein Staat aus der Gemeinschaft austritt, der aber stark stützt, aus dem Euro austritt. Dies wäre dann ein Problem für die Gemeinschaftswährung, da alle gemeinsamen Währungen zerbrochen sind.

Umgekehrt würden schwächere Eurostaaten natürlich Staatsinsolvenz bzw. dem Austritt aus der Eurozone er und von einem Großteil der Schuldenlast befreit wäre, denkbar. Dies würde dann natürlich auch Überlegunge gemeinsame Währung wirklich ein anzustrebendes Ziel europäische Zukunft.

Das griechische Wahlergebnis hat damit die Eurozone Herausforderungen gestellt, für die die tatsächlichen A vermutlich zu der Entscheidung kommen, dass Frieder einer Währungsgemeinschaft nur dann gewährleistet : Rahmenbedingungen schafft. Durch die völlig untersch Volkswirtschaften wird dies dann vermutlich ohne Trai Deutschlands kritisch beurteilten Länderfinanzausglei

*Neben dem Buch „Europa 2029 – Das Ende?“, das unter wöchentlich per Mail erscheinende DVAM-Finanzmark steht und unter [info@dv-am.de](mailto:info@dv-am.de) angefordert werden k Entwicklungen an den Kapitalmärkten.*

*Schön M. Griechenland – Schicksal des Euro? Passion C*

## Autor des Artikels



### Markus Schön

Geschäftsführer

DVAM Deutsche Vorsorge Asset Management GmbH

Klingenbergstr. 4

32758 Detmold

[> kontaktieren](#)